

FREIBERUFLER-TICKER vom 1. Dezember 2017

1. Halbjährlicher OECD-Wirtschaftsausblick veröffentlicht

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 28. November 2017 ihren halbjährlichen [Wirtschaftsausblick](#) veröffentlicht. Darin prognostiziert die OECD eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland von 2,3 Prozent für das kommende Jahr und 1,9 Prozent für das Jahr 2019. Laut OECD könnten Maßnahmen zur Umsetzung von Reformen zur Vollendung des Binnenmarkts in der Europäischen Union und zur Schaffung einer umfassenderen Bankenunion im Euroraum das Vertrauen in den Euro stärken und die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland erhöhen. Die Freien Berufe werden im aktuellen Wirtschaftsausblick nicht angesprochen. Im Wirtschaftsausblick vom Sommer 2017 war demgegenüber noch vorgeschlagen worden, die (vermeintlichen) Marktzutrittsschranken auch in den Freien Berufen zu verringern.

2. Bundesrat zur öffentlichen Auftragsvergabe

Der Bundesrat hat Ende vergangener Woche in seiner [Stellungnahme](#) den in der Mitteilung der Kommission „Eine funktionierende öffentliche Auftragsvergabe in und für Europa“ ([655/17](#)) von der Kommission vorgeschlagenen Zielen, um die öffentliche Auftragsvergabe zu verbessern, grundsätzlich zugestimmt. Es sei erstrebenswert, durch Professionalisierung der öffentlichen Beschaffer eine verstärkte Digitalisierung sowie eine stärkere strategische Herangehensweise bei der öffentlichen Auftragsvergabe und nachhaltige Beschaffung zu fördern. Allerdings hält der Bundesrat die Initiativen der Kommission zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Die Bundesrepublik Deutschland habe bereits im Jahr 2016 umfangreiche Änderungen am vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Kraft gesetzt. Zudem habe der deutsche Gesetzgeber zeitgleich die Vergabeverordnung (VgV) eingeführt. Sowohl GWB als auch VgV ermöglichen, dass neben dem Preis nachhaltige Aspekte ausschlaggebend für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein können. Das Ende der Umsetzungsfrist im Jahr 2016 liege noch nicht lange genug zurück, um evaluieren zu können, ob die Gesetzesnovelle die beabsichtigten Wirkungen entfaltet habe.

3. Konsultation zu Europäischer Arbeitsmarktbehörde und Europäischer Sozialversicherungsnummer

Die Europäische Kommission hat am 27. November 2017 eine [öffentliche Konsultation](#) zur zukünftigen Ausgestaltung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde und zur Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer gestartet. Die Europäische Arbeitsmarktbehörde soll dafür sorgen, dass die EU-Regelungen zur Mobilität fair und effektiv angewendet werden. Konkret würde die Behörde auf bestehenden Strukturen aufbauen und nationale Verwaltungen, Unternehmen und mobile Arbeitnehmer unterstützen, indem sie für eine engere Zusammenarbeit in Fragen wie grenzüberschreitender Mobilität und Koordinierung der Sozialversicherungssysteme sorgt. Darüber hinaus sollen Rechte und Pflichten transparenter werden. Mit einer Europäischen Sozialversicherungsnummer könnten Behördengänge einfacher werden. So wäre etwa auch jenseits der Landesgrenzen der Sozialversicherungsstatus rasch zu überprüfen. Die Konsultation läuft noch bis zum 7. Januar 2018.

4. Zahl der Studierenden steigt im Wintersemester 2017/2018 erneut an

Im Wintersemester 2017/2018 sind so viele Studierende wie noch nie an den deutschen Hochschulen eingeschrieben gewesen. Laut einer [Information](#) des Statistischen Bundesamtes

(Destatis) vom 28. November 2017 sind aktuell 2.847.800 Studierende an einer Hochschule immatrikuliert, ein Plus von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. 1.785.300 Studierende sind an Universitäten einschließlich Pädagogischen und Theologischen Hochschulen eingeschrieben, 982.400 Studierende an Fachhochschulen, rund 43.700 Studierende an Verwaltungsfachhochschulen und 36.500 Studierende an Kunsthochschulen.

5. Teilzeitbeschäftigte Väter

Nach einer [Veröffentlichung](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 28. November 2017 haben 15 Prozent der im Jahr 2016 teilzeitbeschäftigten Väter die Arbeitszeit aus Kinderbetreuungsgründen reduziert. Durchschnittlich gingen circa sechs Prozent der erwerbstätigen Väter einer Beschäftigung in Teilzeit nach. Der wichtigste Grund für eine Teilzeittätigkeit der befragten Väter insgesamt war bei 24 Prozent der Befragten das Fehlen einer Vollzeitstelle.

6. Zahl der Onlinenutzer vermessen

Im Jahr 2017 haben insgesamt 87 Prozent der Bevölkerung ab zehn Jahren in Deutschland das Internet genutzt. Das entspricht 64,5 Millionen Menschen, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 29. November 2017 weiter [mitgeteilt](#) hat.

7. Studie des BMWi zu möglichen Effekten einer Vermögensteuer

Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer würde Investitionen, Beschäftigung, Ersparnis und das Wirtschaftswachstum dämpfen. Zudem würde das Steueraufkommen durch einhergehende Verluste bei den Einkommen- und Konsumsteuern sinken. Das ist das Ergebnis eines [Gutachtens](#), das das ifo Institut und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verfasst haben und das am 29. November 2017 veröffentlicht worden ist. Danach würde eine Vermögensteuer selbst bei hohen Freibeträgen und einer Privilegierung von Unternehmensvermögen Produktion und Beschäftigung in Deutschland langfristig spürbar beeinträchtigen: Bei einem Vermögensteuersatz von einem Prozent wäre mit einer Dämpfung der jährlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,3 bis 0,35 Prozentpunkten in den ersten acht Jahren zu rechnen, da Investitionsanreize sowie die Anreize zur Kapitalbildung gemindert würden. Bei einem Vermögensteuersatz von 0,4 Prozent auf Unternehmensvermögen, einem Prozent auf Immobilien- und Finanzvermögen und einem Freibetrag von einer Million Euro würden 14 Milliarden Euro an Vermögensteuern eingenommen. Dem stünden Verluste bei anderen Steuern in Höhe von 44 Milliarden Euro gegenüber. Das Steueraufkommen wäre damit 30 Milliarden Euro niedriger. Die Investitionen würden langfristig um knapp neun Prozent niedriger ausfallen, die Beschäftigung um 1,9 Prozent und das Niveau der Wirtschaftsleistung wäre um 4,5 Prozent niedriger als ohne die Steuer.

8. Steuer- und Abgabenlast in OECD-Ländern auf neuem Rekordwert

Nach [Angaben](#) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden sind, hat die Belastung der Bürger und Unternehmen durch Steuern und Abgaben im Jahr 2016 bei durchschnittlich 34,3 Prozent gelegen. Unter den 35 Mitgliedsländern ist die Abgabenlast in Dänemark am höchsten. Sie beträgt dort knapp 46 Prozent. [Deutschland](#) liegt mit 37,6 Prozent auf dem zwölften Platz. Steuern auf persönliches Einkommen gewinnen in den OECD-Ländern an Bedeutung, während die Anteile von Sozialabgaben und Verbrauchssteuern am Gesamtaufkommen zurückgehen. Das Aufkommen aus Unternehmenssteuern bleibt im gesamten OECD-Raum auf historisch niedrigem Niveau.